

Fragen

für die Fragestunde der 169. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 11. Mai 2016

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Andreae, Kerstin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30	Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	45, 46
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	3, 4	Liebich, Stefan (DIE LINKE.)	40, 41
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	25, 26	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44	Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11
Ernst, Klaus (DIE LINKE.)	15	Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5	Schauws, Ulle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	24	Schick, Gerhard, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 34
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	22, 23	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 12
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19	Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 10	Walter-Rosenheimer, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	27, 28	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	43
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	31, 32		
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 13		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	5
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	15

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

1. Abgeordnete
Ulle Schauws
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung zum Stand der Umsetzung der Frauenquote in Aufsichtsräten ein Jahr nach der Einführung des Gesetzes?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

2. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie rechtfertigt die Bundesregierung ihre Politik der Ungleichbehandlung der Drogen Alkohol, Cannabis und Zigaretten nach dem Bericht der Drogenbeauftragten, wonach an den Folgen des Genusses der legalen Drogen Alkohol und Zigaretten jährlich Tausende von Menschen in Deutschland gestorben sind, trotzdem für diese Drogen weiter geworben wird und diese zum Kauf angeboten werden, während infolge des Genusses der Droge Cannabis kein Mensch gestorben ist, Besitz, Anbau und Handel dieser Droge aber illegal, verboten und strafbar bleiben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

3. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.) Welche Organe der Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH – FBB – (allen voran Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat) können satzungsgemäß (z. B. gemäß Gesellschaftervertrag) die Geschäftsführung der Flughafengesellschaft anweisen, rechtliche Schritte einzuleiten (bitte begründen) bzw. zu unterlassen, und in welchen Fällen wurden solche Anweisungen bisher erteilt?

4. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen sieht die Bundesregierung, als Vertreterin des Gesellschafters Bund in der Gesellschafterversammlung und Entsenderin zweier Mitglieder des Aufsichtsrates der FFB, aus dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Berlin-Brandenburg vom 3. Mai 2016 (OVG 6 A 31.14) (bitte begründen), und wird die Bundesregierung in den Organen der FBB eine Initiative ergreifen, die die Anweisung zur Untersagung der Einleitung einer Nichtzulassungsbeschwerde gegen dieses Urteil seitens der Geschäftsführung zum Inhalt hat, um weiteren Verzögerungen bei der Umsetzung eines rechtskonformen Schallschutzes am Flughafen Berlin-Brandenburg vorzubeugen (bitte begründen)?
5. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung die kürzlich veröffentlichte Studie der Technischen Universität Berlin unter der Leitung von Prof. Dr. Markus Hecht zur betrieblichen und technologischen Effizienzsteigerung im Schienengüterverkehr bekannt, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Feststellung dieser Studie, wonach staatliche Förderanreize in den Schienengüterverkehr, konkret zur Förderung von modernen Hybridlokomotiven, 13-mal niedrigere Kosten pro vermiedener Tonne Kohlendioxid im Bundeshaushalt verursachen als die von der Bundesregierung geplante Kaufprämie aus Bundeshaushaltsmitteln für batterieelektrisch angetriebene Pkw?
6. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bei wie vielen Modellen (bitte nach Automobilherstellern aufschlüsseln) wurden in der Felduntersuchung des Kraftfahrt-Bundesamtes im Rahmen der Arbeit der „Untersuchungskommission Volkswagen“ Grenzwertüberschreitungen bei den CO₂-Emissionen festgestellt?
7. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Bundesbehörde soll ab 2017 für die RDE-Prüfung (Emissionsmessungen im praktischen Fahrbetrieb) von Pkw zuständig sein, und welche personellen und technischen Voraussetzungen werden dafür geschaffen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

8. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Über welche Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung, ob weitere oder sogar alle bis 2010 in der französischen Schmiede Creusot Forge hergestellten Reaktordruckbehälter(-teile) mit gleichen oder ähnlichen Anomalien behaftet sein können, wie der Deckel und die Bodenkalotte des Reaktordruckbehälters beim Atomkraftwerkneubauvorhaben Flamanville 3, und wird sie sich dafür einsetzen, dass der Hersteller Areva auch für diese möglichen Fälle ein Untersuchungsprogramm für eine mögliche Nachbewertung der Sicherheit der einzelnen Bauteile vorlegt (wenn nein, bitte erläutern; vgl. France 3: „Cuve de l’EPR de Flamanville: des „anomalies“ détectées dans l’usine Areva du Creusot“ vom 29. April 2016, <http://france3-regions.francetvinfo.fr/bourgogne/saone-et-loire/le-creusot/cuve-de-l-epr-de-flamanville-des-anomalies-detectees-dans-l-usine-areva-du-creusot-986272.html>)?
9. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen konkreten Beitrag zum Biodiversitätsschutz wird die vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit in die Zulassungserneuerung für Glyphosat hineinverhandelte Formulierung leisten, wonach die Mitgliedstaaten Vorsorge treffen sollen, dass keine Nichtzielorganismen geschädigt werden, und wie ist sichergestellt, dass es sich nicht um eine für den Artenschutz wirkungslose Formulierung handelt, die den Weg für eine langfristige Zulassungserneuerung dieses hochproblematischen Wirkstoffs frei räumen soll?
10. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche der Punkte aus dem vom Umweltbundesamt vorgelegten „5-Punkte-Programm für einen nachhaltigen Pflanzenschutz“ hält das BMUB kurz- bis mittelfristig für umsetzbar, und wie ist der Diskussionsstand dazu mit den anderen Ressorts, um geeignete Maßnahmen zur Umsetzung zu ergreifen?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

11. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum sieht es die Bundesregierung bei einem auch vom Hauptstadtkulturfonds mitgeförderten Konzertprojekt „Aghet“ der Dresdner Sinfoniker nicht als ihre Pflicht an, sich für eine ungehinderte Ausübung des Projekts einzusetzen und zudem den Ausschuss für Kultur und Medien darüber in Kenntnis zu setzen, welche genauen Umstände die Intervention der Türkei bei der EU-Kommission hinsichtlich des Projekts beinhaltet?
12. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die „East Side Gallery“ in Berlin-Friedrichshain entlang der ehemaligen DDR-Grenze nicht nur ein weltbekanntes Denkmal und Symbol der Teilung und Vereinigung Berlins und Deutschlands und Anziehungspunkt für Zehntausende Besucher ist, sondern auch ein einmaliges Dokument künstlerischer Gestaltung der Aufarbeitung dieses Teiles deutscher Geschichte, das es Wert ist, auch mit Finanzmitteln des Bundes dauerhaft erhalten und unterstützt zu werden sowie als Einstufung als Weltkulturerbe der UNESCO vorgeschlagen und anerkannt zu werden, und welche Unterstützung würde die Bundesregierung hierzu leisten (finanziell sowie in Gestalt von Bemühungen um Aufnahme in den Katalog des Weltkulturerbes)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

13. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welcher Zeitplan ist für das Gesetz/die Gesetze zu Neuregelungen bei Rückbau und Entsorgung im Nuklearbereich auf der Basis der Empfehlungen der „Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs“ vom 27. April 2016 (vgl. Webseite des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie) seitens der Bundesregierung nach aktuellem – ggf. auch vorläufigem – Stand vorgesehen (bitte mit Angabe aller derzeit angestrebten Meilensteine wie Verbändeanhörung, erste Kabinettsbefassung, Einbringung in

den Bundestag und den Bundesrat), und welche bestehenden Gesetze müssen dabei aus Sicht der Bundesregierung nach aktuellem – ggf. auch vorläufigem – Stand geändert werden (bitte vollständige Angabe)?

14. Abgeordnete
**Dr. Julia
Verlinden**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie genau sehen die im Gesetzentwurf zur Digitalisierung der Energiewende vorgesehenen Mechanismen aus (vgl. Kleine Anfrage, Bundestagsdrucksache 18/7975, Antwort der Bundesregierung zu Frage 10, Bundestagsdrucksache 18/8218), um die Preisobergrenzen stabil zu halten und zu verhindern, dass die Kosten des Messstellenbetriebs nicht zu Lasten der Letztverbraucher in die Netzentgelte verschoben und dass Standardleistungen für Verbraucher nicht eingeschränkt werden?

15. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.)

Welche genaue Position hat der Vertreter der Bundesregierung in der Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses des Rates der Europäischen Union am 28. April 2016 zur Frage der CETA-Ratifizierung eingenommen, und trifft es zu, dass die Bundesregierung ausdrücklich auf eine rasche Ratifizierung, vorläufige Anwendung und Unterzeichnung von CETA gedrängt hat?

16. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Warum hat die Bundesregierung keine Informationen darüber, nach welchen Kriterien ein TTIP-Verhandlungstext (TTIP – Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft) als konsolidiert gilt und damit im TTIP-Leseraum ausliegt (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 4 auf Bundestagsdrucksache 18/8052), und welche Anstrengungen hat die Bundesregierung unternommen, um in Erfahrung zu bringen, anhand welcher Kriterien entschieden wird, wann die Abgeordneten des Deutschen Bundestages einen Verhandlungstext im TTIP-Leseraum einsehen dürfen?

17. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie überprüft die Bundesregierung, dass ihr und den Abgeordneten des Deutschen Bundestages konsolidierte TTIP-Verhandlungstexte zum frühestmöglichen Zeitpunkt übermittelt werden, und welche Anstrengungen hat die Bundesregierung unternommen, damit Abgeordnete und die Bundesregierung auch die US-Textvorschläge einsehen können?
18. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Muss nach Kenntnis der Bundesregierung die Zustimmung der USA eingeholt werden, bevor konsolidierte TTIP-Verhandlungstexte im Leseraum zugänglich gemacht werden, und falls ja, wie bewertet die Bundesregierung dies?
19. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Mitglieder der Bundesregierung haben wie oft bis zum 30. April 2016 Einsicht in die konsolidierten Texte zu TTIP genommen?
20. Abgeordnete
Kerstin Andreae
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung bereits konsolidierte TTIP-Verhandlungstexte zu den Bereichen „E-Commerce“, „Trade remedies“, „Rules of Origin“ und „Financial services“, und falls ja, werden diese im Leseraum ausgelegt (bitte begründen)?
21. Abgeordnete
Kerstin Andreae
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat die Bundesregierung von der Europäischen Kommission seit 2014 nicht mehr regelmäßig aktuelle Listen aller zwischen der EU und den USA ausgetauschten Texte im Rahmen der TTIP-Verhandlungen angefordert, oder ist sie im Besitz dieser Listen und hat sie trotz Nachfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht an den Deutschen Bundestag übermittelt?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

22. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Welche Aktivitäten gab es seitens der Bundesregierung seit 2014 zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Argentinien sowie Bolivien bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), und inwieweit werden dabei Behindertenorganisationen aus Deutschland und den beiden Staaten Südamerikas im Sinne von Artikel 32 der UN-BRK einbezogen (bitte die einzelnen Aktivitäten mit Jahr, zuständiger Bundesbehörde und finanziellem Rahmen nennen)?
23. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Welche Projekte und Vorhaben werden seit 2015 mit Unterstützung bzw. Förderung durch die Bundesregierung in Argentinien und in Bolivien durchgeführt (bitte die jeweiligen Aktivitäten, den finanziellen Umfang an Bundesmitteln und die dafür zuständigen Bundesbehörden nennen), und wie bewertet die Bundesregierung den Stand bzw. die Entwicklung der Zusammenarbeit mit diesen beiden Staaten?
24. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung im Rahmen der politischen, finanziellen und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit gegenüber der honduranischen Regierung ziehen, nachdem am 2. Mai 2016 vier Tatverdächtige des Mordes an der Menschenrechts- und Umweltaktivistin Berta Cáceres festgenommen wurden – darunter Sergio Ramón Rodríguez Orellana, Ingenieur und Projektleiter von DESA, der Betreiberfirma des Wasserkraftwerks Agua Zarca, Mariano Díaz Chávez und Edison Atilio Duarte Mez, aktive Mitglieder der Streitkräfte von Honduras, und Douglas Geovanny Bustillo, ehemaliger Sicherheitschef von DESA und Ex-Militär (www.taz.de/15300598/), und setzt sich die Bundesregierung, wie vom UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechtsverteidiger, Michel Forst, verlangt, für eine unabhängige internationale Untersuchung des Mordes von Berta Cáceres (s. Tickerdienst des Bundestages/epd-Meldung vom 3. Mai 2016: „Verdächtige wegen Mordes an Umweltaktivistin Cáceres festgenommen – Amnesty kritisiert Mangel an Transparenz bei Untersuchung“) ein?

25. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit sieht die Bundesregierung die Unabhängigkeit der Justiz in der Türkei und die Sicherung der Grenzen der Türkei als Voraussetzungen der EU für die Aufhebung der Visa-Pflicht als erfüllt an, und welche notwendigen konkreten Änderungen werden bzgl. der Voraussetzungen noch verlangt (AFP vom 4. Mai 2016)?
26. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung meine Einschätzung, dass infolge der Aufhebung ihrer Immunität zahlreichen Abgeordneten im türkischen Parlament – unter anderem den Vorsitzenden der türkischen Oppositionspartei HDP, Selahattin Demirtas und Figen Yükseskdag – Strafverfolgung wegen Mitgliedschaft in einer Terrororganisation und Volksverhetzung droht, und inwieweit teilt die Bundesregierung die Einschätzung des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan, die HDP sei „der parlamentarische Arm der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK“ (www.focus.de/politik/ausland/parlament-tuerkei-will-immunitaet-von-136-abgeordneten-aufheben_id_5495914.html)?
27. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Existenz, Umfang und Kriterien von Listen von Politikerinnen und Politikern, Journalistinnen und Journalisten und anderen Akteurinnen und Akteuren, auf deren Grundlage den gelisteten Personen die Einreise in die Ukraine verweigert wird, und welche Fälle von Einreiseverweigerungen der genannten Personengruppen in die Ukraine sind der Bundesregierung seit Anfang 2014 bekannt (bitte auflisten)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

28. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- In welchen Altersstufen bewegen sich die Personen, die in Datenbanken der Polizeiagentur Europol und des Bundeskriminalamtes zu „islamistischem Terrorismus“ bzw. „ausländischen Kämpfern“ gespeichert sind (Bundestagsdrucksache 18/8324, bitte das niedrigste und das höchste Alter angeben), und

wie verteilen sich die insgesamt geführten Personen hinsichtlich einer Speicherung als Verdächtige und als Kontaktpersonen (bitte in absoluten Zahlen angeben)?

29. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele antisemitische bzw. antiisraelische Straf- und Gewalttaten ereigneten sich nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2015?
30. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele homo- bzw. transphob motivierte Straf- und Gewalttaten wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2015 erfasst?
31. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie viele Einreisen von Flüchtlingen aus Syrien im Rahmen der Bundes- bzw. Länderaufnahmeprogramme sind bislang erfolgt, und wie viele dieser Personen haben bislang einen Asylantrag gestellt bzw. wurden infolgedessen als Schutzbedürftige anerkannt (bitte beide Teilfragen jeweils nach Bundesländern und nach Bund- bzw. Länderaufnahmeprogrammen differenzieren)?
32. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche genaueren Angaben zur Zahl der erteilten Aufenthaltserlaubnisse nach § 25b des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) kann die Bundesregierung, auch aufgrund von Angaben der Bundesländer (Angaben nach dem Ausländerzentralregister lagen Anfang März 2016 noch nicht vor, vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 17 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/7800), machen (bitte nach Bundesländern und wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie bewertet die Bundesregierung die bisherigen Erfahrungen bzw. Ergebnisse der Neuregelung des Bleiberechts nach § 25b AufenthG?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

33. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat das Bundesministerium der Finanzen über Cum/Cum-Geschäfte der Commerzbank Aktiengesellschaft, seitdem die Commerzbank staatliche Hilfe erhalten hat?
34. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung die Antwort zu Frage 24 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom Dezember 2015 (Bundestagsdrucksache 18/7213), die fragte, ob die Vertreter des Bundes im Aufsichtsrat oder andere staatliche Akteure wie die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht oder die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung die Problematik des Dividendenstripings gegenüber der Commerzbank angesprochen haben, weiterhin für ein schützenswertes Betriebs- und Geschäftsgeheimnis und urteilt somit, dass die Frage nicht öffentlich beantwortet werden kann?
35. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat das Bundesministerium der Finanzen im Aufsichtsrat der Commerzbank darauf hingewirkt, dass sich die Bank nicht an Cum/Cum-Geschäften beteiligen darf, ähnlich wie andere Aufsichtsräte es beschlossen haben?
36. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sieht das Bundesministerium der Finanzen die Bedingungen von Artikel 10 Absatz 1 des Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetzes, wonach Unternehmen des Finanzsektors die Stabilisierungsmaßnahmen des Fonds nach den §§ 6, 7 und 8 dieses Gesetzes in Anspruch nehmen, die Gewähr für eine solide und umsichtige Geschäftspolitik bieten müssen, durch Cum/Cum-Geschäfte verletzt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

37. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, alle Bieter, die sich im Rahmen von Vergabeverfahren um die Durchführung von Arbeitsmarktdienstleistungen nach dem Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch bewerben, auf die Zahlung von Entgelten für das eingesetzte pädagogische Personal zu verpflichten, die mindestens der Höhe des Mindestlohns für die Aus- und Weiterbildungsbranche entsprechen (bitte Antwort begründen), und welche konkreten Voraussetzungen müssten aus Sicht der Bundesregierung erfüllt sein, um eine solche Verpflichtung umzusetzen?
38. Abgeordnete
**Beate
Walter-
Rosenheimer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Kinder und Jugendliche gelten in Deutschland als arm (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln), und wie viele davon leben in Haushalten mit Alleinerziehenden?
39. Abgeordnete
**Beate
Walter-
Rosenheimer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Menschen ab dem 65. Lebensjahr gelten in Deutschland als arm (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln), und wie lautet die Gesamtprognose für Altersarmut bis zum Jahr 2030?
40. Abgeordneter
Stefan Liebich
(DIE LINKE.)
- Wie stellt sich aus Sicht der Bundesregierung das Problem der Übernahme von Versorgungskosten (für Ernährung) nach der Anerkennung von Asylsuchenden als international Schutzberechtigte dar (rechtlich: der Übergang vom Asylbewerberleistungsgesetz in das Zweite Buch Sozialgesetzbuch), wenn diese nunmehr anerkannten Flüchtlinge noch in einer Notunterkunft untergebracht sind, in der es keine Möglichkeit der Selbstversorgung (keine Kochmöglichkeiten) gibt, und gibt es einzelne Bundesländer, die dieses Problem nicht oder in einer besonderen Weise betrifft?

41. Abgeordneter
Stefan Liebich
(DIE LINKE.)
Welchen praktischen oder gesetzgeberischen Änderungsbedarf sieht die Bundesregierung im Rahmen des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch in Bezug auf dieses Problem?
42. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Beschluss der Finanzministerkonferenz vom 28. April 2016, nach dem ehemalige Heimkinder aus Einrichtungen der Behindertenhilfe und Psychiatrien niedrigere finanzielle Leistungen erhalten sollen als die ehemaligen Heimkinder aus Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, und wird sich die Bundesregierung für eine Verbesserung bzw. Gleichstellung dieser Gruppen einsetzen?
43. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
Welchen Inhalt und welche Ergebnisse hatte das Gespräch zwischen Vertretern des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderungen und deren Verbänden, das am 4. Mai 2016 von Christian Westhoff, Pressesprecher des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, während einer Demonstration vor dem Bundesministerium zugesagt wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

44. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wie hat sich das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das für Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit zuständig ist, in die Ressortabstimmung zur Zulassungserneuerung von Glyphosat eingebracht, und wie wird das Bundesministerium vor dem Hintergrund fehlender Monitoringdaten zur Exposition auch von Anwendern sicherstellen, dass in Landwirtschaft und Gartenbau tätige Personengruppen vor Gesundheitsgefahren durch Glyphosat und Pestizidmischungen mit Glyphosat geschützt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

45. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Wie wird die Höhe der Entschädigungsleistungen ermittelt, die auf der Grundlage des Berichts der Radarkommission in positiv beschiedenen Wehrdienstbeschädigungsverfahren gewährt werden (bitte unter genauer Angabe der dafür geltenden gesetzlichen Grundlagen), und welche Spannweite möglicher Entschädigungsleistungen gäbe es?
46. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Wie ist die Spannweite der Entschädigungsleistungen, die auf der Grundlage des Berichts der Radarkommission in positiv beschiedenen Wehrdienstbeschädigungsverfahren in den letzten zehn Jahren gewährt wurden?

